

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2014

Gabriele B. Clemens (Hrsg.): Zensur im Vormärz. Pressefreiheit und Informationskontrolle in Europa.

Ostfildern: Jan Thorbecke, 2013 (=Schriften der Siebenpfeiffer-Stiftung, Bd. 9), 267 S., ISBN: 978-3-7995-4909-7

Die Forderung nach Pressefreiheit wurde bereits im Zeitalter der Aufklärung öffentlich erhoben, und im 19. Jahrhundert bildete sie bis zur Revolution von 1848/49 ein zentrales Anliegen der liberalen und demokratischen Oppositionsbewegungen in Europa. Für die Regierungen stellte dagegen die Zensur ein wichtiges Instrument dar, um die Presse zu kontrollieren und missliebige Veröffentlichungen zu unterdrücken. Sie bestand in der Form der Vorzensur, bei der die zur Veröffentlichung bestimmten Texte vor der Erteilung der Druckerlaubnis von Zensoren überprüft wurden, oder als Nachzensur, bei der Autoren und Verleger nachträglich rechtlich belangt werden konnten, wenn sie gegen Pressegesetze verstießen. Gerade weil Regierungen schon früh um die Bedeutung der Presse wussten, ging deren Einflussnahme bis hin zur staatlich gelenkten Pressepolitik.

Der vorliegende Band fasst die Vorträge einer Tagung zusammen, die von der Siebenpfeiffer-Stiftung im April 2011 im Kloster Hornbach veranstaltet wurde und die Geschichte der Zensur in Europa von der napoleonischen Zeit bis zum Ausbruch der Revolution von 1848/49 zum Gegenstand hatte. Die Beiträge des Bandes befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten der Zensur, insbesondere auch mit den Institutionen und Personen, die für deren Umsetzung zuständig waren. Die Geschichte von Informationskontrolle und Zensur ist dabei eingebettet in die jeweilige politische Entwicklung. In ihrem einleitenden Beitrag führt die Herausgeberin in die Problemstellung und in den Forschungsstand ein. Gemeinsam war in den meisten untersuchten Ländern, dass häufig auf politische Ereignisse hin mit einer Verschärfung der Zensur reagiert wurde, wobei ein Hauptproblem für die Behörden stets die Umsetzung der Zensurmaßnahmen im ganzen Staatsgebiet sowie der Schutz der Grenzen gegen den Import unerwünschter Druckerzeugnisse bildete. Bei allen Ähnlichkeiten stellt die Herausgeberin auch Unterschiede fest, so beispielsweise eine Verschärfung der Zensur vom Westen zum Osten Europas hin. Bei den Zensoren, die für die Umsetzung der Zensurmaßnahmen sorgten, ergibt sich ein höchst uneinheitliches Bild. So konnte es sich um überlastete Verwaltungsbeamte im Nebenamt handeln, aber auch um angesehene Universitätsprofessoren oder hohe Richter. Sogar Landesherren sollen in Einzelfällen selbst in die Rolle des Zensors geschlüpft sein. Die Verleger und Literaten waren keineswegs nur Opfer der Zensur, sie wussten, wie die Beiträge des Buches zeigen, oft virtuos mit ihr umzugehen. Für den Deutschen Bund stellt die Herausgeberin fest, dass die einzelstaatliche Zersplitterung mit ihren jeweils unterschiedlichen Zensurpraktiken zahlreiche Möglichkeiten der Umgehung bot.

Im Anschluss an die Einleitung gibt Pierre Horn einen Überblick über die Pressebestimmungen vom autoritären Presseregime Napoleons, das noch rigider als die Zensur im Ancien Régime war, bis zu der allerdings nur kurzebigen Pressefreiheit infolge der Februarrevolution von 1848. Wie schwer Zensurbestimmungen umzusetzen waren, wenn die Geschäftsinteressen der wirtschaftlich einflussreichen

Leipziger Verleger berührt waren, zeigt der Beitrag von Helge Butterkeit über die Zensur im Leipzig der Rheinbundzeit. Die dabei zu beobachtende Selbstzensur von Autoren und Redaktionen erörtert auch Claudio Paye am Beispiel des Königreichs Westphalen. Die deutschsprachigen Druckerzeugnisse erwiesen sich für die französischen Beamten als Problem, und die Zensur vermochte nicht zu verhindern, dass andere Medien für den Informationstransfer genutzt wurden.

Es folgen eine Reihe von Beiträgen, die sich mit der Situation im Vormärz befassen, wobei die deutschen Einzelstaaten die Zensurbeschlüsse des Deutschen Bundes sehr unterschiedlich umsetzten. Für den Verfassungsstaat Bayern zeigt Hannelore Putz, dass der Landtag 1831 sogar die Rücknahme der zuvor erlassenen Zensurverordnung und den Rücktritt des Ministers erreichen konnte. In Preußen, das Gegenstand des Beitrags von Bärbel Holtz ist, bestand zwar seit 1819 ein besonders strenges Zensur-Edikt, doch die Zensurpraxis war höchst uneinheitlich und im Wesentlichen von den Zensoren vor Ort abhängig. Für Österreich belegt Thomas Olechowski, dass die Zensur-Ordnung von 1795 und eine strenge Zensurpraxis bis zur Revolution von 1848 über den ganzen Zeitraum hinweg in Kraft blieben. Michael Hundt beleuchtet die Pressepolitik in den Hansestädten und ordnet sie in eine Kontinuität seit dem Alten Reich ein. Bundesbeschlüsse wurden im Vormärz als Eingriffe in die eigene Souveränität verstanden und daher nur widerwillig umgesetzt. Andererseits schreckten die Senate der Städte nicht davor zurück, aus eigenem Antrieb auf unterschiedliche Weise die Presse zu kontrollieren. Eine besondere Lage bestand in Luxemburg, wo zunächst die Bundesbeschlüsse nicht umgesetzt wurden und das vergleichsweise milde niederländische Presserecht galt, bis schließlich nach der belgischen Revolution in dem niederländisch verbliebenen Landesteil die Zensur erheblich verschärft wurde, um revolutionäre Bestrebungen einzudämmen.

Mit Spanien, Russland und Italien widmen sich Beiträge auch anderen europäischen Ländern. Besonders einschüchternd waren die Strafandrohungen bei Pressevergehen im Zarenreich, wo, wie Jan Kusber darlegt, unter Nikolaus I. die Zensur ihren Höhepunkt erreichte. In Spanien, mit dem sich Jens Späth befasst, gab es dagegen schon früh Zeiten der Pressefreiheit, vor allem unter der Verfassung von 1812, bis schließlich nach 1823 auch hier zunehmend versucht wurde, Kontrolle über die Presse auszuüben. Der Beitrag von Werner Daum untersucht die Öffentlichkeits- und Zensurpolitik in den italienischen Staaten, die auf Integration und Legitimation der Staatswesen gerichtet war. Mit der ambivalenten Wirkung der Zensur, die sogar zur unbeabsichtigten Werbung für zensierte Bücher oder Autoren führen konnte, beschäftigt sich Reiner Marx am Beispiel von Heinrich Heine, der zugleich Opfer als auch geheimer Nutznießer der Zensur war.

Alles in allem zeigt sich, dass die Informationsübermittlung und die Ausbreitung von Druckerzeugnissen in Europa mit Mitteln der Zensur nicht verhindert werden konnten. Letztlich blieb die Effizienz der staatlichen Informationskontrolle gering – ein Befund, der nicht nur für die Rheinbundzeit, sondern auch für den Vormärz festgestellt werden kann. Der Band bietet einen geeigneten Einstieg in das Thema, dem weitere Untersuchungen, vor allem auch international vergleichende Studien, zu wünschen sind.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel